

Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Boten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. auswärts Beleggeld; durch unsere Vertreter aus dem Lande 3.— Mk. Einzelnummern 10 Hg.

— Geschäftsstelle: Clarabé 3. —

— Fernsprecher Nr. 324. —

Anzeigenpreis: Für die einmalige Beilage oder deren Raum 30 Hg., im Restemeter 75 Hg., Chiffrenzeilen und Nachdrucken 20 Hg. mehr. Prospektiv ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 24

Mittwoch den 29. Januar 1919

.. . . .

Der Wille zum Einheitsstaat.

Dangsam, aber sicher fügt sich Stein auf Stein zu dem großen Bau des neuen republikanischen Deutschland. Die Unken haben doch wieder einmal Lärche gehöhrt. Die Konferenz im Bundesratssaal des Reichsantritts des Innern, die vom frühen Morgen bis zum Abend des Sonnabend tags, hat den ersten Eindruck gebracht, daß der Wille zum Reich, von einigen kleinen Schreibern abgesehen, heute noch das ganze Deutschland erfüllt, ja daß er in manchem noch stärker geworden ist als früher. Auch von den Vertretern des Bundesrats wurde als das Ideal deutscher Zukunft der Einheitsstaat betont, also die Verwirklichung jeder Sonderverhältnisse kleinste im größten Maße. Freilich verhehlte sich auch keiner der Anwesenden, daß, so wie kaum nicht an einem Tage erbaut werden, auch hier der Weg zur Vollendung ein langer und vielleicht nicht ganz unblutiger ist. Aber der Wille ist da, ist überaus bemerkenswerter stärker vorhanden als die breite Öffentlichkeit angenommen hat.

Dem Volksbeauftragten Bundesrat aus zugestimmt werden, wenn er daran erinnert, daß es ja auch in Italien Gegenstände gab und gibt, die viel mehr noch größer seien als in Deutschland, daß sie aber doch auch dort durch die Arbeitgemeinschaft von Nord und Süd sich gefunden haben. Besonders in Arbeiterkreisen habe nach der Revolution, wie Landsberg bekannte, die Meinung bestanden, daß der Weg zum Einheitsstaat nun endlich offen sei. „Laßt uns in Deutschland ansetzen!“ Das Wort wollen wir nie vergessen! Und die Größe der Heimat oder deutschen Stimme zu tun ist, freilich, ein Mißton für die Magina der Bevölkerung die schöne Melodie. Der Ministerpräsident Ciesner, der trotz seiner Berliner Herkunft sich zum Abordnerten entwickelte hat, verstand in diesem Ansturm die Debatte über den grundlegenden Verordnungsgegenstand, den Verfassungsentwurf des Staatsrechts, Preuß. dadurch zu Falle zu bringen, daß er ein Rechtsgesetz durchdrücken wollte, das den Entwurf Preuß. überflüssig machen sollte. Seine ihm vom Volksbeauftragten Geert beigebrachte unangenehme Überlegung war nicht ohne Grund, denn Ciesner, der im Namen der sächsischen Regierung und auch Sachverständigen erklärte, wurde prompt von sächsischer und mitteldänischer Seite losgerissen.

Somit das heute möglich ist, würde dem Willen zum Einheitsstaat der Weg gebahnt durch die vom Volksbeauftragten Geert beigebrachte Resolution, die einstimmig angenommen wurde und auch deshalb von ganz besonderer Bedeutung ist, weil sie die bestehenden staatsrechtlichen Konflikte zwischen den Nationalparlamenten des Reichs und Preußens von vornherein verstreut. Vor allem wichtig ist bei der sächsischen Resolution auch noch die Genossenschaft der Einzelstaaten zu den Beratungen über den Verfassungsentwurf Preuß. und zur Schaffung eines einheitlichen Gesetzeswerks über die Reichsverfassung unter Benutzung des Reichs. Damit ist die Basis für die Beratung der Grundgesetze ungenauer verbreitert und die Verantwortung auf die Schülern auch der gesamten deutschen Einzelregierungen gelegt. Von dem guten Willen, der sich bei ihren Vertretern heute in der Theorie gezeigt hat, ist auch in der Praxis das Beste zu hoffen.

Die Lage im Reich.

Die preussischen Wahlen. Aus Berlin wird gemeldet: Während bei den Nationalwahlen für Deutschland die Zahl der Abgeordneten von 397 auf 433 erhöht worden war, hat die preussische Regierung die Zahl in der nächsten preussischen Versammlung von 433 auf 401 zurückgeführt, nach dem Grundbede, daß auf je 100 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Die Wahlkreiseinteilung ist im wesentlichen die gleiche geblieben wie bei den deutschen Wahlen. Sie mußte nur dort einer Prüfung unterzogen werden, wo unüberprüfliche Bundesgebiete mit preussischen Gebieten zusammengefallen waren. So fällt im 12. Wahlkreis Preuß. von dem 19. wurde entfernt. Am 15. tritt an die Stelle von Döberitz Stadt, das hier mit Hamburg und Bremen verbunden war. Der 16. Bezirk verliert Braunschweig. Am 17. sind die beiden Plätze fortgefallen, und auch sonst finden sich noch kleinere Korrekturen. Im allgemeinen aber ist daran festzuhalten,

Neueste Nachrichten.

Das bisherige Wahlergebnis aus 14 von 140 Wahlkreisen.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Bis nachts 12 Uhr lagen von den insgesamt 23 Wahlkreisen 14 Endergebnisse vor. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, hat die Deutsche Demokratische Partei wieder einen sehr großen Wahlerfolg erzielt, und man darf schon jetzt mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie ziemlich in derselben Stärke wie in die Deutsche Nationalversammlung einzeln wird. Nachfolgend geben wir eine Übersicht der bisherigen Wahlergebnisse: Demokraten 44, Mehrheitssozialisten 98, Unabhängige 21, Deutschnationale 21, Deutsche Volkspartei 11, Zentrum 49, Christlich-Sozialer Bauerndemokratie 1, macht zusammen 245.

Wahlergebnis im Bezirk Magdeburg.

Magdeburg, 28. Jan. Nach den vorläufigen Feststellungen im Wahlkreis Magdeburg dürfen hier 4 Deutsche Demokraten, 1 Deutschnationaler und 7 Mehrheitssozialisten als gewählt zu betrachten sein. Die unabhängigen Sozialdemokraten (Käte Albrecht-Halle) fielen aus.

Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar werden bereits vom 4. Februar an vorbereitende Präzisionsarbeiten vorgehen. Die sozialdemokratische Wahlkreisaktion veranlaßt sich bereits am Dienstag zur konstituierenden Sitzung.

Aus einer Entschlüsselung des Bürgerrates Groß-Berlin erfährt man, was der „Vorwärt“ hervorhebt, von der Erklärung Geerts, daß die Reichsregierung an Verlin als Reichshandhabung unbedingt festhält. Auf der gestrigen Sitzung der Reichsregierung in Weimar, folgte wie verschiedene Blätter berichten, ein Antrag von Schmidt her Seite und eventuell auch von Geert werden, die Einmündigen der Einzelstaaten zu belassen.

Staatsrechtlicher Präsident.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) An der Spitze der preussischen Regierung, deren Einsetzung nach dem Beschluß des Bundesratsantrages Ausschusses der Nationalversammlung vorgezeichnet werden soll, soll, wie wir hören, ein vorläufiger Reichspräsident stehen.

Das Regiment Reinhard als Schutz für die Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Wie wir erfahren, ist dem Berliner freiwilligen Regiment Reinhard der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden in den nächsten Tagen nach Weimar verlegt und dort untergebracht. Die Truppe soll den dort befindlichen Behörden nicht als Polizeimacht angesehen werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die Spartakisten in Wilhelmshaven.

Berlin, 28. Jan. Wie das „B. T.“ aus Döberitz berichtet, war es gestern bis 11 Uhr nachts unruhig, eine Verbindung mit Wilhelmshaven zu erhalten. Man hofft aber, heute früh Funkverbindung mit Wilhelmshaven aufnehmen zu können. Die Besetzung von Wilhelmshaven durch die Kommunisten sei, wie das Blatt schreibt, als eine Art Nachhut der Spartakisten anzufassen, die sich auf dem legalen Wege der Wahl nicht in den Besitz der Macht zu legen vermöchten.

Zusammenstoß von Schülern und Soldaten.

Bremen, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Unter den Schülern der hiesigen Lehranstalt herrschte gestern Zirkelstimmung. Es gelang den Lehrern zwar trotz der Anwesenheit der Militärpolizei, nach Schluß der Arbeit aber mehrere hundert Schüler und Schülerinnen mit drei schwarz-weiß-roten Fahnen zum Markte, wo Anreden gehalten wurden. Die Sicherheitswache ließ sich zum Einschreiten zwingen. Demonstrationen zerrissen die Fahnen mit der Reichsflagge und zwischen Soldaten einerseits und Schülern andererseits entstand eine ziemlich heftige Prügelei. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen, von denen nur eine aufrecht erhalten wurde. Die Schüler erklärten, daß es sich um eine Spontandemonstration für den früheren Kaiser als Person, nicht als Monarchen handelte.

(Neueste Nachrichten siehe auch Beilage.)

daß die Zahl der Mandate in jedem Bezirk um die Hälfte vermehrt worden ist, so daß die gesamte Zahl 14 Mandate für die Nationalversammlung wählte, während es für Preußen 21 zu neuen hat. Das Ergebnis wird sich vielleicht etwas früher zusammenstellen lassen, als bei den Reichswahlen, einmal, weil sich der Apparat besser eingestellt hat, dann aber auch, weil nach allen bisher vorliegenden Nachrichten die Wahlergebnisse in manchen Bezirken geringer gewesen ist, und zwar haben darunter die Mehrheitssozialisten am meisten zu leiden gehabt. In Berlin in einzelnen Bezirken 1000 Stimmen und mehr. Vor der Hand aber sind das alles noch Teilergebnisse, aus denen sich nicht ersehen läßt, ob diese Verteilung der Stimmenzahlen auch Einfluß auf die Verteilung der Mandate ausüben wird.

Veränderungen des Ausmaßes im Ruhrgebiet.

Der Ausbruch der Bergarbeiter im Ruhrgebiet (dem wieder anzuführen, auf der Seite „Vereinigte Schacht-Charlottenburg“ trat die Bedeutung wegen geringfügiger Differenzen in den Ausmaß. Auf der Seite „Landsberg“ des Bochumer Vereins legten 1200 Arbeiter vor der Währungsfrage die Arbeit wieder als Streikung gegen die Leitung Liebfuchs und der Frau Luxemburg. Auf der Seite „de Wandel“ ist die Währungsfrage ebenfalls nicht eingeleitet.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die öffentlichen „B. T.“ schreiben: Die unvollständigen wirtschaftlichen Aufstände haben im Rahmen den Grundlagern reizen lassen, radikal zu greifen und Maßnahmen ins Werk zu setzen, die der mehr und mehr plötzlichen ökonomischen Bewirtung immer stärkeren Einhalt zu tun geeignet sind. Diese weiteren Maßnahmen, die der Arbeit, an den hier anzuwenden ist, der Arbeitslosigkeit, besonders das gemeinsame Problem der Arbeitslosigkeit, sein muß. Bedenkt man, daß allein in der Landwirtschaft die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen geschätzt werden kann und schon jetzt die Frühjahrsbesetzung unter solchen Verhältnissen als ernstlich gefährdet gelten muß, können wir nicht anders, als die Lebensmittelversorgung Deutschlands durch die Güter aus England durch die höchstgelegene Ausfuhr von Stroh, Getreide und Industrieerzeugnissen befristet zu lassen. Ein Zweifel ist, daß sich gegen die erprobte angewandte Arbeitslosigkeit im Falle von selbst Anordnungen anwenden, von denen die besten, die öffentliche Versorgung vom 15. Januar 1919, nach welcher den Deutschen das Recht zusteht, in allen Fällen, wo Arbeitslosigkeit unüberwindlich vergrößert wird, die Grundbesitzerunterstützung zu entscheiden, vielleicht nur den ersten Schritt bedeutet. Sollte dieser „erste Schritt“ nicht hinreichen, so wird man voraussichtlich vor härteren Maßnahmen nicht zurücktreten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß Erzeugnisse in diesem Sinne im Gange sind.

450 000 Tonnen Förderausfall im Ruhrgebiet.

Nach einer Aufstellung der für den vom 2. Dezember 1918 bis zum 2. Januar 1919 wurde auf insgesamt 111 Schachtanlagen des Ruhrfelds gefördert, und zwar in 600 000 Schichten. Das bedeutet einen Förderausfall von 450 000 Tonnen.

Sämtliche Arbeiter der Drahtabteilung der Gesellschaft „Rhein“ in Bochum sind in den Zustand getreten, so daß der Betrieb ruht.

Ein Kaffeebeleg gegen Abel.

Wie die „B. T.“ aus auserwählter Quelle hört, befindet sich Abel, der Leiter der kommunistischen Propaganda, noch immer in Berlin. Er wird von einem Gericht nicht gegen ihn ein Haftbefehl erlassen werden.

„Daily Mail“ meldet aus Petersburg indirekt: Im Sommer wurde der Volkskommissar für Petersburg bekannt, daß zwischen der Sowjet-Regierung und den Spartakisten-Anhängern in Deutschland ein förmliches Friedensabkommen abgeschlossen wurde. Unter Abel werden noch immer einige führende Sowjetvertreter auf deutschem Boden, wo der Kampf um die Sowjets halb in sein zweites Stadium treten werde.

Forderungen der baltischen Eisenbahnen.

Eine von 2500 Beamten aus ganz Bala befandliche Eisenbahnerversammlung in Marnheim verlangte in einer Entschlüsselung von der Regierung eine weitere Erhöhung der Besoldung von 500 Mark und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Im Falle der Nichtbefriedigung sollte die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschlüsselung sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Klöse über die Kommandogewalt.

Der Soldatenrat der Großherzoglichen Truppenstele war am Monarchenamttag zu einer Vollversammlung in preussischen Abgeordnetenversammlung zusammengetreten, um sich über die Verwendung wegen der Kommandogewalt und die Aufgaben der Soldatenrat auszusprechen. Die neue Besoldung wurde von verschiedenen Seiten schon angegriffen und schließlich von dem Volksbeauftragten Klöse worin verteidigt. Er führte aus: Die Verwendung ist allerdings etwas lang geworden und nach keiner Seite hin voll befriedigend. Sie stellt daher

auch nur ein Provisorium dar, wie denn überhaupt in dieser Zeit die einen politischer und wirtschaftlicher Umgestaltungen bedürftig, auf vielen Gebieten nur provisorische Lösungen getroffen werden können. Ganz sind die zukunftsweisenden Träger der Revolution, aber die große Masse unseres Volkes und auch viele Soldaten sind sich vollkommen darüber klar, daß das System der Sozialisten, wie es in den ersten Revolutionsjahren geschaffen worden ist, nicht für eine dauerhafte Einrichtung werden kann. Die Sozialisten sollen und dürfen nicht ganz verschwinden, sie dürfen aber nicht ohne denn noch eine politische Macht ausüben, wenn erst die Nationalversammlung eine verfassungsmäßige Regierung eingesetzt hat. Was in Russland erfolgreich war, auch in Deutschland zum völligen Zusammenbruch führen. Wer das bestreitet, verkennt die wirtschaftlichen Verhältnisse im richtigen Verständnis. Die Nationalversammlung, die die Regierung schaffen soll, ist nach dem besten freieren Wahlrecht gewählt worden (Auszug: „Unser Wahlmengenverhältnis“). Die Wahlmengenverhältnisse haben keinen einzigen Menschen vorzuziehen, gegen seine Mitbestimmung zu stimmen. Wenn jemals etwas mit Nationalversammlung getroffen wurde, ist dies nicht durch militärischen Zwang, sondern durch die Zustimmung der Bevölkerung. Das ist etwas Sozialdemokraten nicht würdig! Auch weniger eines Sozialdemokraten würdig, aber ist es, den freien Willen der Mehrheit des Volkes nicht anerkennen. Wer nicht erkennt, daß der Willen der Mehrheit zu respektieren, der hat kein Recht, sich Sozialdemokrat zu nennen. Es ist falsch, anzunehmen, daß die Vernehmung der Soldatenräte abzuwehnen — heißt es doch in den Bestimmungen ausdrücklich, daß auf eingehende Zusammenkünfte mit den Soldatenräten zu achten ist. Bei den Wahlen im Hinblick auf sich eine reine Scheinverfassung. Viele glauben, daß Abschaffung der alten Rangabzeichen auch das alte System beseitigt zu haben. Wir wissen nicht, welche Armeesoldaten nach dem Frieden haben wird (Auszug: darf), aber ein so großes Misverständnis, was eine gewisse organisierte Macht besitzen, und diejenige, die dabei die Führung haben, müssen auf irgendeine Weise getrennt werden. Schaffen wir die Symbole der alten Macht ab, so müssen wieder neue dafür eingeführt werden. Es geht nicht an, daß man alle die Offiziere, die sich um zur Verfügung gestellt haben, als abholte Reize hinstellt. Sie arbeiten heute ganz in unserem Sinne und haben

nicht den geringsten Wunsch nach einer Gegenrevolution. In einer Anzahl von Fällen steht aber fest, daß die Sozialisten ein recht geringes Maß von Autorität bei den Truppen besitzen, und oft haben sie diese Autorität können einer halben Stunde verlieren, weil sie ihren Unterstellten nicht die Schamlosigkeit fällen lassen wollen. Deshalb muß über den Soldatenrat als Kontrolle immer die Regierung stehen. Es gibt in Deutschland nur eine Gefahr der Gegenrevolution, und die besteht in dem

unorganisierten Durcheinander der letzten Wochen, das wenn es nur noch einen Monat hindurch andauert, was zu chaotischen Zuständen, zu Hunger und Not führen müßte. (Hintergrund: Das kommt zu wie so!) Also Sie wollen die Herrschaft einfach lassen lassen. Nein, das darf nicht geschehen. Wir müssen und werden alles tun, um eine Verfassung herbeizuführen. Dazu bedarf es natürlich vor allem eines blühenden Friedens, und dazu wieder bedarf es vor allem einer geordneten Regierung. Noch vor acht Tagen hat ein Vertreter des Volkes erklärt, die Regierung sei nicht als verhandlungsfähig anzusehen, weil sie keine Macht hinter sich habe und ein Einfluß höchstens geringer Wirklichkeit gedenke. Die Regierung wird alles daran setzen, um zu verhindern, daß wir durch ein wirtschaftliches Chaos zu einer durch den Mangel an Lebensmitteln hervorgerufenen Gesundheitsperiode kommen, gegen die der Krieg jetzt zurückfällt. Es wird der Regierung auch gelingen, dieser Not Herr zu werden.

Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Berliner Kabinettsitzung über Vorbereitungen zur Friedenskonferenz.

Das deutsche Kabinet trat Montag vormittag zusammen, um über die technischen Vorbereitungen zur Friedenskonferenz zu beraten. Man beschloß, daß die Fäden dieser Materie nicht bei der Reichsregierung, sondern bei dem auswärtigen Amt zusammenlaufen sollen. Aber die Personalfrage ist bis jetzt noch nichts Definitives entschieden.

Die Berufung der deutschen Delegierten nach Paris.

General Maurice meldet als Vertreter der „Daily News“ auf der Friedenskonferenz, daß es offensichtlich möglich sein werde, die Vertreter der Weltmächte Ende März oder Anfang April nach Paris zu berufen, vorausgesetzt, daß Deutschland bis dahin eine regelrechte Delegation habe, deren Vertretungen bindend für das deutsche Volk seien. Die Zeitnahe begrüßt begünstigt den Entschluß Englands, die Entscheidung aller Fragen bezüglich Mesopotamien, Palästina und der deutschen Kolonien dem Völkerbund zu überlassen. Es müßte durchaus weittragende Folgen haben, wenn ein so wichtiger Nation wie England auf die Verteilung der militärischen Belegung dieser wertvollen Besitzte verzichte. England erlaube den Völkerbund als höchste Instanz in allen Gebietsfragen an, was zweifellos die Bedeutung des Völkerbundes vermehren und hervorheben werde.

Vision über die Frage des linken Rheinrivers.
„Collas-Rieus Bureau“ meldet aus Paris: Der Minister des auswärtigen Wärdien erklärte Journalisten, daß die verschiedenen Nachrichten über die Haltung Frankreich zur Frage des linksrheinischen Wärdien vorläufig nicht ganz richtig seien. Auf die Bemerkung, daß Marcial sich sich kürzlich gleichfalls über die Frage geäußert habe, meinte Wärdien, der Marcial habe diese Frage als Privatbesitzer berührt, denn sie sei im Rate noch nicht erörtern worden. Ober sollten die Bundesgenossen Frankreichs diesen Staatsmänner schon einen deutschen Wärdien erteilt haben? Die Verantwortlichkeit der Franzosen ist ja sowohl den Amerikanern wie den Engländern schon lange auf die Nerven gefallen.

Der Völkerbundsplan.

Aus Paris wird gemeldet, daß die vertraulichen Verhandlungen über den Völkerbund zu einer Einigung auf mittlerer Welt sich geführt haben, nachdem die hiesige Annahme der amerikanischen Programme an dem Widerspruch der alliierten Vertreter gescheitert ist. Die wesentliche Bestimmung, auf die sich alle anwesenden Delegierten geeinigt haben, besteht in dem Beschluß, daß keine Macht eine überlegene Stellung einnehmen darf und der künftige Völkerbund sein eigenes Meer und seine eigene Flotte haben darf, sondern daß die militärischen Maßnahmen der einzelnen Mächte als Ganzes zu betrachten seien, wenn die Anwendung von Gewalt gegen irgend einen Staat erforderlich wird. In den meisten übrigen Punkten erklärte die Konferenz mit den Vorschlägen Willens einverstanden, mit der Einschränkung, daß die englische Flotte durch die Bestimmungen des Völkerbundes keine Schwächung erleiden dürfe. Dieses Verständniss wurde notwendig, weil die englischen Delegierten auf ihrem Standpunkt beharren, daß Großbritannien unter keinen Umständen seine Vormachtstellung zur See internationalen Vereinbarungen zu Liebe aufgeben werde.

Der „New York Sun“ zufolge habe Lord George auseinandergesetzt, daß die britische Flotte nicht vermindert werden könne, und Clements, daß Frankreich ein Meer haben müßte, das größer als die britische Flotte in dieser Hinsicht habe, als die glänzendsten Ausblicke.

Achtung des U-Boots als Kriegsmittel.

Die „New York World“ meldet aus Paris, daß der amerikanische Entwurf über den Völkerbund das Unterseeboot als Kriegsmittel vollkommen verwirft und von allen Ländern, die den Völkerbundsvertrag unterzeichnen, fordert, daß sie alle Waffen dieser Art vernichten, keine neuen bauen und auch das Studium des U-Boots aufgeben. Auf diese Weise soll die Kunst, U-Boote zu bauen, verloren gehen und die Welt von der als „Seezähner“ betrachteten Waffe befreit werden. Nach einer weiteren Meldung der „New York World“ haben die Engländer und Amerikaner eine große Abneigung gegen die Ansprüche der französischen Militärs auf den Besitz linken Rheinrivers und gegen die italienischen Forderungen bezüglich der östlichen Balkanhalbinsel.

Majestätsbrüche französische Forderungen.

Wie „Sabas“ berichtet, wird der Bericht Combes am Donnerstag in der französischen Kammer und im Senat namens der mit dem Studium der wirtschaftlichen Organisation nach dem Kriege betrauten Kommission zur Verfügung gelangen. Die Kommission verlangt, daß Frankreichs Schlichtungsmittel müßte als Teil Glas-Vorbereitung betrachtet, die Schifffahrt auf dem Rhein freigegeben und der Hafen von Strasbourg erweitert werden. Die Schadenersatzung müßte vollständig sein. Als Schadenersatz müßten Majestätsbrüche geliefert werden.

Wie der „Luz“ mitteilt, stellte die vereintete sozialistisch-katholische Kammergruppe in der Kammerberatung am Sonntag folgende Forderungen in einer Tagesordnung: Billige Entlassung Deutschlands, das nach dem Kriege von keinem mehr etwas zu befürchten braucht, als weder immer aber auch nicht vorübergehend, sondern dauerhafte Kolonialpolitik notwendig hat, um im Innern die Ordnung aufrechterhalten zu können. Die Entlassung hätte auch die glückliche Nachwirkung auf die Nachbarstaaten. Die Schulden, die sich Verbunden gegen die Hoager Konvention haben zu schulden kommen lassen, sind abzurufen und zu bestrafen. Es ist für die Geschichte notwendig, daß Kallier, bei 200 Millionen, Leipzig, 200 Millionen, Köln, 200 Millionen, 600 andere, deren Verbrechen man kennt, abgeurteilt und bestraft werden.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.
Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa übermittelte in der Sitzung am 22. Januar der Entente eine Note, in der erneut auf endgültige Entscheidung über das Schicksal der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in den alliierten Ländern gedrungen wird. Die Franzosen hätten in der Unterkommission für Kriegsgefangene den deutschen Vorkläger, zur Vorbereitung des Abkommens mit den deutschen Kriegsgefangenen, mit dem Bemerkung abgelehnt, daß sich 200 000 deutsche Kriegsgefangene auf dem Wege nach den zerstörten Gebieten befinden, um dort zum Wiederaufbau verwendet zu werden. Eine Anstellung von Arbeit würde daher unmöglich sein. In diesen Verstand antwortend, erwiderte die deutsche Note, den französischen Vorkläger um Verhängung dieser Erklärung. Die Note stellt ferner fest, daß nach dem Rücktransport der alliierten Kriegsgefangenen aus Deutschland kein Grund mehr vorliege, den Rücktransport der schwerverletzten und kranken deutschen Kriegsgefangenen zu verhindern. General Mudandi ver sprach, die Hauptpunkte der Note sofort dem Oberkommando der Alliierten zur Kenntnis zu geben und sofort unterrichtliche Mitteilung über die Stellungnahme der alliierten Delegierten auf dieser Frage zu tun. Für die frank und schwerverletzten Kriegsgefangenen werde er eine günstige Lösung erwirken. Hinsichtlich der allgemeinen Rückführung der deutschen Kriegsgefangenen habe er es jedoch für besser, in Deutschland beizubehalten, daß diese Frage wohl kaum vor dem 1. März entschieden werden könne.

Im weiteren Verlauf der Sitzung machte der englische Vertreter die Mitteilung, daß General v. Lettow Vorbed sich noch in Dor-es-Salom befindet, seine Abreise nach Europa jedoch beabsichtigt. Augenblicklich bemüht sich die Waffenstillstandskommission bei der Entente um die Erlaubnis, über Amerika und Kanada mit den dortigen Vorkläger zu verhandeln. Die Entente ist bereit, die Verbindung zu treten. Die Antwort der Entente steht noch aus.

Ein kühnlich falsches Spiel.

Scheint bei der Internierung des Feldmarschalls Ungarischen Graf Karolyi, der heutige Präsident Madarens, damals noch Ministerpräsident, getrieben zu haben. Wie nämlich der „Frankfurter Zig.“ von besonderer Seite in Budapest mitgeteilt wird, sei die strenge Internierung Madarens auf Betreiben des Grafen Karolyi und des ungarischen Kriegsministers erfolgt. Es wurde angeblich in maßgebenden ungarischen Kreisen bestritten, daß bei der großen Popularität des Feld-

marshalls eine Bewegung gegenrevolutionärer Natur entstehen könnte, die sich des Feldmarschalls bedienen könnte (?). Diese Befürchtung veranlaßte den Grafen Karolyi, bei den Franzosen darauf zu dringen, Madarens unabhängig zu machen. Um diese Angelegenheit in ihrer ganzen Widerwärtigkeit zu fassen, sei hier noch daran erinnert, daß der Graf Karolyi im Anfang die Vorzüge zu hat besitzen lassen, als sei er durch die Fortdauer des französischen Oberkommandos zur Internierung Madarens überführt und gezwungen worden. Den Ritter Ungarisch nach Budapest zu rufen und dort verhaften zu lassen. Die französischen Offiziere, die in Kenntnis dieser Vorgänge Madarens internieren mußten, ließen ihn gegenüber seinen Anwälten über ihr Urteil gegenüber einer so schädigen Handlungsmittel.

Der Kampf gegen die russischen Bolschewisten.

Wie nach der Überzeugung des Volkes von den bolschewistischen Truppen nimmer einmündig schlagfertig ist, haben diese in den von ihnen befehligten Gebieten trotz der kurzen Zeit ihrer Herrschaft gewöhnlich bestialisch gewütet. In einem Ostfrontort haben die russischen bolschewistischen Truppen die über die Wärdien vorgeschritten, an daß weit überlegenen bolschewistischen Truppen über den Fluß zurückgezogen. Die Bolschewisten hatten erstens beträchtliche Verluste und ließen viel Material in den Händen der deutschen Truppen, deren Verluste gering sind.

Der Pressebericht der deutschen Gesandtschaft bei den Regierungen Estlands und Livlands teilt auf viele an die Gesandtschaft gerichtete Anfragen mit: Die bolschewistischen Freiwilligen, die für das Baltikum angeworben worden sollen, keine Bolschewisten, sondern eine Kampftruppe bilden, von deren Offiziersgattung es abhängt, die Kampftruppen zurückzuführen und ihre Absicht eines Einmarsches in Deutschland zu verneinen.

Leipzig durch ukrainische Truppen bombardiert.

Das deutsche Pressebüro meldet: Ukrainische Truppen bombardierten mit großer Heftigkeit die Stadt Leipzig. Eine große Anzahl Personen wurde durch Granaten getötet und viele Häuser beschädigt. Es sind mehrere Wunden durch Artilleriefeuer erbeutet. Der Vorsitz Chef der englischen Militärmission, Oberst Adams, verließ Leipzig und fuhr nach Straßburg ab.

Politische Übersicht.

Eine wiedererstandene Monarchie.

Wenn die Wahlen aus Portugal richtig sind, hat dort zum Abschlag des Westfalls die Monarchie ihre Wiederentstehung gefunden. Das ist vor allem bedeutsam, weil die portugiesische Republik schon nach achtjährigen Wahlen wieder beseitigt worden ist. Man muß allerdings zugeben, daß die Errichtung der Republik Portugal keine unersetzliche des portugiesischen Volkes war und daß die selbständigen Republikaner der republikanischen Führer, die den republikanischen Staatserhaltung nach erträglich verhandeln hatten. Jede Regierung in Portugal wurde nach kurzem Bestande gestürzt, und es ist erst wenige Wochen her, daß der Präsident der Republik ermordet wurde. König Manuel, aus dem Hause Braganza, der am 5. Oktober 1910 nach Portugal verbannt wurde, ist der Sohn des am 1. Februar 1889 ermordeten Königs Carlos I. König Manuel schloß sich nach seiner Vertreibung nach England und wurde dort, aus bei seinen Bemühungen, die Monarchie in Portugal wieder aufzurichten, eifrig unterstützt. Die portugiesischen Engländer glauben jedenfalls, daß eine monarchische Epochen Portugal eine ruhige Entwicklung ermöglichte, falls es unter den republikanischen Parteikämpfen der Fall war. Geordnete Verhältnisse in Portugal sind aber für England sehr wertvoll, da Portugal vollständig in der Schuldlosigkeit Englands liegt, dessen Zinsen natürlich gestiegen sind, wenn das Land in seiner ursprünglichen Gestalt geblieben ist. König Manuel, dessen Lebenswandel während seiner Königszeit nicht ganz einwandfrei war, hat sich im Jahre 1905 mit Auguste Victoria, Prinzessin von Baden, verheiratet. Die Königin ist 28 Jahre alt, der König selbst nur ein Jahr älter.

König Manuel in Portugal.

Es wird aus Lissabon berichtet, daß der frühere König Manuel nach Überwindung des Wärdien 6 Uhr morgens in Portugal eingetroffen ist.

Provinz und Umgebung.

Ein Pressestand in Leipzig.

Leipzig, 27. Jan. Nachdem die „Leipziger Revue“ Nachrichten während der ersten Revolutionsjahre in Leipzig veröffentlicht und bereit erklärt hatten, eine sozialdemokratische Redaktion für eine besondere Zeitung anzustellen, eine Angelegenheit, die dem Wärdien in Leipzig außerordentlich viel Sympathien verdiente, hat sie die „Leipziger Zeitung“, ehemals „Abendblatt“, durch eine für das Bürgertum noch andererseits Wärdien kompromittierende Verleumdung des „Leipziger Zeitung“, Grafen v. Krosch, der nach dem Wärdien des Leipziger Zeitungverleumdung ist, hat auf seinen Wärdien Abhängigkeit des Spara-Fußbundes gegen Wärdien hergestellt und sich ferner die unehrliche Mühe gegeben, das Wärdien erheben der „Steten Röhre“, dessen Herstellung in Berlin unmöglich geworden war, in Leipzig zu ermöglichen. Der Wärdien der „Steten Röhre“ in Leipzig ist selbstredend nicht unerschütterlich. Seine Existenz ist sehr fraglich, das bis jetzt zum Glück von der Bevölkerung Leipzigs, das bis jetzt zum Glück von den Organen des Spara-Fußbundes nur wenig zu vernehmen hatte, ist allgemein.

Verantwortlicher Redakteur Franz Köhner in Merseburg. Druck und Verlag von Th. Köhner in Merseburg.

Bekanntmachung.

Bei dem Demobilisierungsamt laufen fortgesetzt Anfragen ein, bezüglich Anstalt über Beschaffung von Arbeitsaufträgen. Es wird deshalb bekannt gemacht, daß sich die Interessenten hierüber abzuwenden haben an den

- 1. Fachauschuß für die Eisen- und Stahlindustrie.**
Geschäftsstelle: 11. beim Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Berlin W., Linstr. 25, Tel. Lühov 6008. Geschäftsführer: Dr. Heipert.
- 2. Fachauschuß für den Maschinenbau.**
Vorherr: Geheimrat E. von Borjia, Tegel. Geschäftsstelle beim Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Charlottenburg 2, Schillerstr. 10 1/2, Tel. Steinplatz 6330. Geschäftsführer: Dipl.-Ing. S. Kirchner.
- 3. Fachauschuß für Koffmohndbau.**
Vorherr: Geheimrat E. von Borjia, Tegel. Geschäftsstelle bei der Firma A. Borjia, Berlin-Tegel, Berlinerstraße 19/37, Tel. Tegel 250. Geschäftsführer: Dipl.-Ing. Saemann.
- 4. Fachauschuß für Feinmechanik.**
Vorherr: Direktor Friedrich Sabn, in Fa. C. P. Goeb, W. G. Berlin-Friedenau, Heinerstr. 45/46. Geschäftsstelle: Wirtschaftliche Vereinigung der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik, Berlin NW 7, Dorowstraße 53, Tel. Centrum 12 631. Geschäftsführer: Dr. Reich.
- 5. Fachauschuß für Elektrotechnik.**
Vorherr: Direktor Heinrich, in Fa. Siemens-Schudert, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 179. Geschäftsstelle beim Zentralverband der deutschen elektrotechnischen Industrie, Berlin W. 8, Corneliustr. 3.
- 6. Fachauschuß für die Fahrzeugindustrie.**
Vorherr: Geheimrat Konrad Schrey. Geschäftsstelle: Verband Deutscher Waggonfabriken G. m. b. H., Charlottenburg 2, Weidenerstr. 20 1/2, Tel. Steinplatz 14 965. a) **Unter auschuß für Schienenfahrzeuge.**
Vorherr: Geheimrat Konrad Schrey. Geschäftsstelle: Verband Deutscher Waggonfabriken G. m. b. H., Charlottenburg 2, Weidenerstr. 20 1/2, Tel. Steinplatz 14 965. b) **Unter auschuß für Straßenfahrzeuge mit motorischem Antrieb.**
Vorherr: Direktor G. Sperling. Geschäftsstelle: Verein Deutscher Motorfahrzeugindustrieller, Berlin W. 8, Unter den Linden 12/13, Tel. Centrum 7905 und 7937. c) **Unter auschuß für Straßenfahrzeuge ohne motorischen Antrieb.**
Vorherr: Generalrat Kurt Sachsthal. Geschäftsstelle: Vereinigung Deutscher Wagen- und Karosseriefabriken, Berlin-Niedertelde, Schillerstr. 22, Tel. Amt Niederterde 426. d) **Unter auschuß für Fahrräder und Laternen.**
Vorherr: Dr. Timpel, Brandenburg (Savel), Mittelstr. 13. Geschäftsstelle: Verein Deutscher Fahrradindustrieller e. V., Brandenburg, Mittelstr. 13, Tel. Amt Brandenburg 173. e) **Unter auschuß für die Flugzeugindustrie.**
Vorherr: Direktor Küniger, Berlin W. Geschäftsstelle: Verband Deutscher Flugzeugindustrieller G. m. b. H., Berlin W., Schöneberger Ufer 40, Tel. Lühov 710.
- 7. Fachauschuß für die Metallwarenindustrie.**
Geschäftsstelle: Verband der Metallwarenfabriken, Berlin W. 2, Bauenerstr. 25, Tel. Neuenborf 3570 und 3571. Geschäftsführer: Dr. Kramer.
- 8. Fachauschuß für Schiffebau.**
Vorläufiger Vorherr: Dr. Blohm, in Fa. Blohm & Voß, Hamburg. Geschäftsstelle: Kriegsamt der Deutschen Werften, Hamburg 11, Dönningstr. 171.
- 9. Fachauschuß für Rüstungen und Eisenkonstruktion.**
Vorherr: Dr.-Ing. Schildmann. Geschäftsstelle: Dr.-Ing. Schildmann, Deutscher Eisenbauverband, Berlin W. 9, Linstr. 16, Tel. Lühov 8231.
- 10. Fachauschuß für Kleinmetalle.**
Vorläufiger Vorherr: Dr. Moebius, Berlin W. 3, Linstr. 25. Berlin W. 9, Linstr. 16, Tel. Lühov 8231.

Abgabe von Lebensmitteln.

Für die Zeit vom 3. bis 9. Februar 1919 werden auf den Kopf eine Ration zugeteilt:
100 g Magerfleisch zum Braten von 15 Wfr. auf Besuchschein Nr. 15,
1 Pfd. Magerfleisch zum Braten von 15 Wfr. auf Besuchschein Nr. 16,
150 g Rindfleisch zum Braten von 24 Wfr. auf Besuchschein Nr. 17.
Zugabe der Besuchscheine Nr. 15 bis einschl. 17
am Mittwoch den 29. Januar und Donnerstag den 30. Januar 1919
in der Woll- und Wollhandelsküche und in den Galanterie-
Läden sind für Mittagessen abzugeben: 15 Besuchschein und Quittung 15
Einweisung der Forderungsgewalt durch die Bestands-
stellen bis zum Freitag den 3. Januar 1919, mittags 12 Uhr.
Verkauf der Ware von Donnerstag den 6. Februar bis
einschließlich Sonnabend den 8. Februar 1919 gegen Abgabe der
Quittungsausschnitte.
Merseburg, den 27. Januar 1919. L. A. II. 242/19.
Das städtische Lebensmittelamt.

Bersteigerung von Abraumholz

am Mittwoch den 29. Januar 1919, von nachmittags 3 Uhr ab
in der Werderallee meistbietend gegen sofortige Bezahlung.
Merseburg, den 28. Januar 1919. L. 72/19.
Der Magistrat.

Achtung! Verpöngte!

Sämtliche Verpöngte, die sich früher bei den Verpöngten-
Abteilungen im „Heiteren Bild“ und „Wilhelmshöhe“ gemeldet
haben und bisher weder befristungsmäßig noch endgültig entlassen oder zu
ihren zuständigen Truppenteilen in Marsch gesetzt sind, haben sich sofort
zwecks Regelung ihrer Angelegenheit bei der Verpöngten-Abteilung des
Batalions, Weisenfels, Weidischstraße, Zimmer 17 zu melden.
Da das Gef.-Bataillon in Kürze aufgelöst wird, sind durch die
Nichtbefolgung dieses Befehles große Schwierigkeiten zu erwarten.
Soldatenrat. Verpöngten-Abt. Gef.-Batt. Erf. 3. R. 27.

Maethers
Leiterwagen
von 1-6 Zentner Tragkraft empfiehlt
Karl Leisnering,
An der Gasse 8. - Nähe am Markt. - An der Gasse 8.

- 11. Fachauschuß für die Chemische Industrie.**
Geschäftsführender Auschuß:
1. Dr. Kornep, Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie.
2. Huns, Verband der Fabrikarbeiter, Sect. Chemie. Geschäftsstelle: Berlin, Friedrichstr. 100. Tel. Centrum 6900 (Geb. Nat. Gabel).
- 12. Fachauschuß für das Transportwesen.**
Geschäftsführender Auschuß:
1. Generaldirektor Pflaum, Große Berliner Straßenbahn A.-G., Berlin W. 9, Leipziger Platz 14.
2. Döring, Deutscher Transportarbeiterverband. Geschäftsstelle: Leipziger Platz 14. Tel. Centrum 10 611.
- 13. Fachauschuß für die Eisenwarenindustrie.**
Geschäftsführender Auschuß:
1. Heinrich Woldemann, Berlin C., Am Kölnischen Park 21 V.
2. Dr. Serle, Berlin W. 35, Kurfürststr. 137 II.
Geschäftsstelle: Berlin W. 35, Kurfürststr. 137 II. Tel. Kurf. 6707.
- 14. Fachauschuß für die Kautschukindustrie.**
Geschäftsstelle: Verein Deutscher Kautschukinteressenten, Berlin, Anhalterstraße 7 III. Tel. Lühov. 1820.
Geschäftsführer: Veragshoff Karan.
- 15. Fachauschuß für die Gummiindustrie.**
Geschäftsführender Auschuß:
1. Lindemann, Verband Deutscher Kautschukfabriken, Berlin, Neue Friedrichstraße 32.
2. Sachs, Fabrikarbeiterverband, Berlin. Geschäftsstelle: Neue Friedrichstraße 32. Tel. Centrum 1894.
- 16. Fachauschuß für das gesamte Papierfach.**
Geschäftsführender Auschuß:
1. Alexander Hünich, Berlin SW. 68, Alexandrienstr. 110.
2. Paul Ebranner, Gutenberg-Verband, Berlin, Kaiser-Franz-Graben 14.
Geschäftsstelle: Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfes, Berlin SW. 68, Alexandrienstr. 110. Tel. Moritzplatz 1788.
- 17. Fachauschuß für die Textilindustrie.**
a) **Unter auschuß für Baumwolle.**
Vorherr: Dr. W. Schmiebind, Baden-Baden, Hotel zum Siech. Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle, Berlin, Krausenstr. 17/18, Tel. Centrum 1693.
b) **Unter auschuß für Wolle.**
Vorherr: Kommerzienrat Franz Wollis, Fort Luitp. Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Wolle, Berlin, Mohrenstraße 10. Tel. Centrum 7400.
c) **Unter auschuß für Seide.**
Vorherr: Hbr. Frowen, Göttingen. Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Seide, Berlin, Victoria-Luisenpark 8, Tel. Kurf. 6016.
d) **Unter auschuß für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Kunstspinnstoffe und Stoffabfälle, Berlin SW. 19, Leipzigerstr. 76. Tel. Centrum 6883.
e) **Unter auschuß für Flachs.**
Vorherr: Fabrikant Georg Müller, Berlin SW. 19, Krausenstraße 25/28, Tel. Centrum 11 000.
f) **Unter auschuß für Hanf.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Hanf, Berlin, Hebe-
mannstraße 6, Tel. Lühov 2835.
g) **Unter auschuß für Jute.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Jute, Berlin, Unter
den Linden 34, Tel. Centrum 1423/6.
h) **Unter auschuß für Hartseife.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Hartseife, Berlin,
Hebeermannstraße 6, Tel. Lühov 909.
i) **Unter auschuß für Erbspinnstoffe.**
Geschäftsstelle: Reichswirtschaftsstelle für Erbspinnstoffe,
Berlin, Unter den Linden 34, Tel. Centrum 1423/6.
k) **Unter auschuß für Kunstseide und Stapelfaser.**
Geschäftsstelle: Unter auschuß für Kunstseide und Stapelfaser,
Berlin, Bubapesterstraße 6, Tel. Lühov 6392.

Der Demobilisierungsamt für den Kreis Merseburg.
Der Vorsitzende.
J. V. von Neubaus.

Bekanntmachung.

Betr. Allgemeine Umfassung.
Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 18. Dec. 1918 ab Nr. V. 6001/18, in dieser Zeitung, werden alle diejenigen Steuererhebenden, selbständigen Handwerker, Landwirte usw., welche nach dem Umfassungsgesetz vom 26. Juli 1918 (R. G. Bl. S. 779) wegen ihrer Leistungen (einschl. der Ilerzeugung) in den Kreis der steuerpflichtigen Personen einbezogen sind, hiermit nochmals an Abgabe der Umfassungserklärung bis zum 31. Januar 1919 ermahnen.
Nach Ablauf dieser Frist muß Festsetzung des nach § 17 Abs. 5 des Gesetzes vorgezeichneten Aufchlages von 10 v. H., der einseitig festgesetzten Steuer erfolgen.
Soweit den oben genannten Personen ein Vordruck zur Umfassungserklärung II bis jetzt nicht zugestellt ist, können diese Vordrucke in unserem Steueramt: Rathaus Zimmer Nr. 19 unter gleichzeitiger Anlegung des Betriebes zur Umfassung abgeholt werden. Steuerpflichtige sind zur Anmeldung der veranlagten Entgelte auch dann verpflichtet, wenn ihnen Vordrucke aus einer Erklärung nicht zugegangen sind.
V. 6003/18. -
Merseburg, den 22. Jan. 1919.
Umfassungseramt (Magistrat)
Merseburg.

Rohstoffe- u. Kleinwarenermarkt

findet am 29. Januar 1919

bei Hoffmann, Weidlich Str. 6,
oorm. 9-10 Uhr Nr. 1601-1100
10-11 1101-1200
nachm. v. 2-3 Uhr Nr. 1201-1300
3-4 1301-1400
4-5 1401-1500

bei Wöhrens, Teiler Acker 1,
oorm. 9-10 Uhr Nr. 1501-1600
10-11 1601-1700
nachm. v. 2-3 Uhr Nr. 1701-1800
3-4 1801-1900
4-5 1901-2000

bei Raundorf, Oberbreitestr. 4,
nachm. v. 1-2 2001-2100
2-3 2101-2200
3 2201-2300
4-5 2301-2400
5-6 2401-2500

Haft. Ein Einbruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht L A 1 107/19
Merseburg, den 28. Januar 1919
Das städtische Lebensmittelamt.

Freiwillige und Nachzahlung.

Sonnabend den 1. Februar d. J., von 10 Uhr, werde ich im Rathaus zum halben Wand, Gehaltsstr. 10 hier, folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern und zwar: 1 Kleiderkasten, 1 Schreibkoffer, 2 Bettstellen mit Matratzen, 3 andere Bettstellen, 2 Kisten, 1 Waschbrett, 1 gr. Eich. Ausfall, 1 neu, 1 gr. Gaststube m. barmiten Leuchtern, sowie noch viel versch. Saues und Wirtschaftsgüter, ferner 1 Stoffe Umhang u. Kopschürzen, Schürzen, Unterröcke, Unterhemden, Mägen u. Hüte, Herren- und Damenuhren, Medaillons, Düringe, Damenuhren, 1 Partie Tischenmesser, Gabeln und Köpfe, u. a. 1500 Stück Zigarren. Die Gegenstände können von 1/10 Uhr an beichtigt werden.
Hb. Franke, Auktionator, Merseburg

Grundstücks-, Aker- u. Wiesenverkauf.

Dienstag d. 4. Februar d. J., nachmittags 3 Uhr, findet im Nagel'schen Gasthaus zu Reipfich der Verkauf des gesamten Grundbesitzes dem Erben des verstorbenen Frä. Pauline Bloßfeld zu Reipfich gehörig, öffentlich freibändig geteilt oder im ganzen, bestehend aus Wohnhaus m. Stallgebäuden u. Scheune, sowie ca. 54 Morgen Aker u. Wiesen statt. Der Besichtigende hat eine 1/10 Diebstahlversicherung zu hinterlegen. Bedingungen im Termin.
Hb. Franke, beidseitiger Auktionator und Kommissionsrat.

Geld-Lotterie.

Ziehung 4. und 5. Februar.
Hauptgewinn 60000 Mk.
Loose zu 3 Mk. Halleische Str. 25.

Emaille-Waren

Eimer, Töpfe, Gefäßträger
sind eingetroffen.
R. Gärtner, Unter-Allenberg 4.

Gr. Fatterschweine
verkauft von heute ab
Ernst Baumann, Goltthardstr. 30
Donnerstag den 30. d. M. erhalte ich einen großen Transport
prima ostfriesisches Milchvieh.
Empfehle selbige recht preiswert.
S. Heydenreich, Crumpha b. Mädeln.
Telephon Nr. 89.
Von Mittwoch den 29. d. Mts. ab steht ein großer Transport bester junger, belgischer
Arbeitspferde
sowie einige Paar erstklassige Wagenpferde
in meinen Stallungen preiswert zum Verkauf.
H. B. Kremmer, Inh. Aug. Quack,
Merseburg a. S.

Arbeitspferde
sowie einige Paar erstklassige Wagenpferde
in meinen Stallungen preiswert zum Verkauf.
H. B. Kremmer, Inh. Aug. Quack,
Merseburg a. S.

Tierarzt Herfurth
Teichstr. 17 - Merseburg - Teichstr. 17
hat Telefonanschluss
Nr. 600

Vereinigung zur Verwertung von Schlachtpferden,

Halle a. S. : e G. m. b. H. : Büro: Schlachthof.
 Telegramm-Adresse: Schlachtpferde. Fernsprecher 1029.

Wir sind dauernd Abnehmer von

Schlachtpferden jeder Anzahl

und bitten die Herren Landwirte und Pferdebesitzer
 höflichst um Angebote
 an uns direkt oder an unsere Mitglieder.

Notschlachtungen werden jederzeit schnellstens und korrekt ausgeführt.

Hauben-Haarnetze.

10,34, gar echt Haar, 1 Eid, 1,10
 6 Eid, 6,30, 12 Eid, 12 Mt. Raup.
 versendet Haaren-Centrale
Hesse & Reinhold,
 Leipzig, Tauchaerstr. 22
 Vertreter gesucht.

Achtung!

Frauenhaar Rohhaar Anstrichen-
 selte, Lumpen u. Alt-Metalle kann
 zu höchsten Preisen
Frau Jrmisch, Johannstr. 16
 parierete.

Schwarzen Tee

kauft jedes Quantum
H. Rieck, Dortmund,
 Dol. hofstr. 49.

Kylfhäuser.

Täglich warme und kalte
 Speisen. Auch Abonnements

Deutsche Volkspartei!

Alle Anhänger, Mitglieder und Parteifreunde werden hiermit
 für **Donnerstag** den 30. Januar, abends 7,30 Uhr im Restaurant
 „Schultheiß“, 1 Treppe, zu einer

Versammlung

eingeladen.

Der Landes-Verband der Deutschen Volkspartei
 für den Wahlbezirk Halle-Merseburg.

Frankleben.

Siebecks Gasthof.

Sonnabend den 1. Februar d. J.,
 abends 7 1/2 Uhr,

grosstes Militär-Konzert!

Ausgeführt von dem aus dem Felde zurück-
 gekehrten aktiven Trompeterkorps des Baus-
 : felher Feldartillerie-Regiments Nr. 75. :
 Leitend: Obermusikmeister Steuer.

Daran anschließend:

Tanzkränzchen!

Fankenburg.

Mittwoch den 29. Januar 1919

großes Konzert!

Ausgeführt vom **Rohland-Orchester**, Halle,
 unter Leitung seines jetzigen Dirigenten des
bayerischen Militär-Musikmeisters
Herrn Richard Seifert.

Anfang 7 1/2 Uhr. Eintritt 1 Mk.
 Otto Trautwein

Ratskeller-Merseburg

Donnerstag den 30. Januar

Künstler-Konzert!

Anfang 7 1/2 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
 Otto Kießler.

Anfang wochentags 7 1/2 Uhr
 Programm von
 Dienstag bis Donnerstag
 7 1/2 Uhr.

Cinophon-Theater

Große Ritterstraße 1.

Der fremde Fürst.

Ein Stücken aus zwei Akten in 1. Vorspiel und 4 Akten
 in der Hauptrolle Paul Wegener.

Das Musikantenmädcl.

Drama in 4 Akten. In der Hauptrolle Rosa Porten.
 Ausserdem das Besiprogramm.

Ab Freitag: „Kain“ III. Teil.

Kaiser-Panorama

Kaiser-Wilhelmhalle
 Halleische Strasse.
 täglich geöffnet von nachmittags
 3 bis 8 Uhr abends
 Diele Woche.

San Franzisko.

Achtung!
V. D. H.
 Mittwoch 7 1/2 Mittwoch
 „Wettiner Hof“
 (anwesend Herr Lud-nthal
 aus Leipzig).

Freiwillige Feuerweh

Montag, 3. Febr. 1919
 7 1/2 Uhr abends
 8 1/2 Uhr er.
 Der am 1. Febr.
 im Galhof „Mitt Post“
 gehaltenen u. pünd-
 lich. Ergebenen not-
 wendig
 Das Kommando.

Ziegenzucht-Berein

Merseburg und Umgeg.

Mitglieder, die im Besitz von
 Muttertieren sind, was durch Ver-
 lage der Dekret n nachzuweisen
 ist und einen Grasplatz pachten
 wollen, mühlen es bis spätestens
 den 10. Februar ds. Js. mündlich
 mitteilen. Später. Meldungen
 können nicht berücksichtigt werden.
 Wäber, Geschäftsführer.
 Halleische Str. 79.

Richts Hund

der Kriegsbeschädigten und

ehem. Kriegst. Inehmer

Sich Berlin, Ortstr. Merseburg.
 Versammlung jeden Freitag nach
 dem 1. jeden Monats.
 Berufsberatungsstelle für Kriegs-
 beschädigte und Hinterbliebene
 jeden Dienstag in der Fankenburg.

Neu eingetroffen!

Dauer-Wäsche

(keine imprägnierte Wäsche)

Kragen

in allen
 Formen und
 Weiten.
 Dasselbe auch
 in
 Papier-Wäsche.

Halleische Dauerwäsche - Industrielle
 D C Schatz, Halle a. S. 1,
 56 Obere Scharnstraße 56
 Versand auch nach auswärts.

Pferde

zum Schlachten

kauft

Arth. Hoffmann, Brühl 6.
 Hochschänterei,
 Fernruf Nr. 264.
 Inhaber der Erlaubnis zum
 Kauf u. Schlachten von

Kylfhäuser - Technikum

Frankenhausen
 Masch. u. Eisen-Ing.,
 Werkm.-Abt.
 Dir. Prof. Hoyer

Bezugscheinretel!

Wahlzettel zur Streckung des
 Kartoffelbestandes hat abzugeben
 die Quadratur in Bl. 2.
 Rittergut Sönan
 bei Merseburg.
 Hierzu eine Beilage.

Provoz und Umgegn.

Salz, 27. Jan. Eigenartige Zustände, die die Wirtschaft des A. und S. Landes in keinem geringeren Maße erschweren lassen, sind, wie die 'Magdeburger Zeitung' berichtet, in keiner letzten Sitzung zur Sprache gebracht worden. Seit Mitte Dezember lagern beim Provinzialamt einige Tausend Stämmchen, die durch das lange Lager natürlich nicht unmerklich gelitten haben. Es wurde beschlossen, 1500 Stück zu 6 Pfund der Rohbockweizen zu einem billigen Preise anzubieten. Von einem Teilnehmer an der Sitzung wurden dann die Minderungen von Provinzialamt auf den Vorkäufen zur Sprache gebracht, da sie in der letzten Zeit erheblich zugenommen haben. Auch Wohnräume sollen sich daran beteiligen. Vom Leiter der Volkswirtschaft wurde jedoch ein Vorschlag über dieses Thema verhandelt. In der Nacht zum 27. Januar ist in ein billiges Geschäftshaus eingebrochen worden. Die bisher nicht ermittelten Täter haben dabei für etwa 9000 Mk. bessere Damenleibungsstücke und Bekleidung erbeutet. Für die Ermittlung der Täter und Wiedererlangung des gestohlenen Gutes legt der Gehobalte 10 v. H. des Wertes der wiedererlangten Ware als Belohnung aus.

Salz, 28. Jan. Die gewirtschaftlichen Angehörigen haben den Vorkauf der Getreide als überaus günstig empfunden. In Folge dessen sind Änderungen angeordnet: für Waisenhäuser 12 Prozent, Ausfuhr für Restaurant vor Tag 10 Prozent, für besondere Anträge in den einzelnen Geschäften müssen entsprechende Zulagen notwendig werden. Die Wirtschaftlichen haben die Einführung solcher Zulagen und die Möglichkeit des Einkaufes abgelehnt.

Hohenmölsen, 28. Jan. Seit Wochen bildet eine Eindringerschar gerade in den Schreben der ganzen Umgebung. In einer größeren Anzahl von Gebäuden wurden Schreben, Käfer, Hirschen, Schafe, Kanarienvögel, Enten und Gänse geschossen, ohne daß es gelungen war, der Täter habhaft zu werden. Aus einer sehr hart besetzten Stelle in Döberitz wurden sechs Hirsche auf einmal entnommen. Dieser Diebstahl sollte der Einkreuzerhebung zum Beschädigten werden. Die geschätzten Tiere wanderten nach dem Viehhof, wo das Viehhofamt seinen Aufschlag fand. Als aber die Hirsche verkauft wurden, wurde der eine zarter, und zwar der Älteste Ernaubt Scheide aus Gohrenheim, ermittelte und in Leipzig dingfest gemacht. Auch zwei weitere Missetäter wurden dingfest gemacht.

Lokalnachrichten.

25. Januar.

Unser Postbeamten weisen wir wiederholt darauf hin, daß sie alle Postarbeiten wegen unpünktlicher Zustellung oder Forderung anderer Stellung nur an die Postämter, Postämter der Postämter, Postämter zu richten haben, bei denen die Bestellung ausgegeben wurde. Die Post ist verpflichtet, die 'Korrespondenten' pünktlich zu liefern. Die Geschäftsstelle, die von der Post gehalten wird, ist nicht die Postämter, sondern die Postämter.

Einreichung der Umkleiverordnungen. Die für die Einreichung der Umkleiverordnungen ist über den Markt von 1. Januar bis 31. Dezember 1918 läuft mit dem Ende dieses Monats ab. Die Umkleiverordnungen sind berechtigt, bei später eingehenden Anmeldeungen einen Zuschlag bis zu 10 % des Steuerbetrages zu erheben, was in den meisten Fällen nicht unerhebliche Beträge ausmacht. Denjenigen von ansehnlicher Vermögens, die ihre Erklärungen am schließlichen Umkleiverordnungen (s. l. für die Zwecke der Besteuerung) nach nicht eingereicht haben, wird deshalb dringend empfohlen, dies nunmehr bald zu tun, damit sie vor Schädigungen durch Erhöhung des Steuerbetrages bewahrt bleiben.

Keine Unterbeamten mehr. Der von dem Verbanne der unteren Post-Telegraphen-Beamten mit allen Mitteln bekämpfte Fall unterbeamten ist nunmehr fall gekommen. Das Reichs-Postamt hat nachstehende Verfügung erlassen: Wie hier zur Sprache gebracht und auch in amtlichen Berichten nachgenommen worden ist, wird noch immer entgegen der Amtsblattverfügung Nr. 383

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Fahl.

18. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Es ging er davon, nachdem er noch einen diebstahlsverdächtig vertrieben Blick auf das bedeutsame, mitten auf der Straße liegende Schwert geworfen hatte, dessen rote Einzel von den Sonnenstrahlen gerade erreicht wurde, als sie ihr hinter ihm ins Gesicht fiel. Er brauchte nicht mehr weit zu gehen, Bernhard Dohm war schon vor der Tür.

Als der neue Herr des Hauses Gustav Bernhard Dohm und seine Ehefrau, die Tochter des verstorbenen Dohm, den besinnungslos betrat, drückte der Jungherr ihm beiläufig die Hand. Er war jetzt hier unentbehrlich und gedachte des Testaments, das er in der sich überhängenden Folge der Ereignisse nicht gleich an sich genommen hatte.

Reinhold öffnete er die Tür des Herrenzimmers, es gleich wieder hinter sich schließend und ließ zu seiner Überraschung eine über den Schreibtisch gehend auf dessen Platte ein Haufchen verbotlicher Papiere lag — die Abschrift des Testaments, das die Tochter nach dem Willen des toten Dohms erhalten hatte.

Reinhold öffnete die Tür den Jungherrn an, der all seiner Würde verlustig in seinen Gedanken des Zimmers durch das, was die stillesste Seite des amtlich verfertigten Dokumentes einer genauen Untersuchung zu unterziehen. Sie geschoben unter seinen Händen zu grauer Asche. Da redete er sich ungestimmt empor, und der junge Frau mit aufstrebendem Horn ins Auge leuchtend, sprach er schon zu dieser Stunde ihr Urteil.

Das werden Sie vor dem Gesetz zu verantworten haben Frau Thoma. Das Testament vor mir noch dem Schlichter untertraut.

vom 29. November 1918 die Bezeichnung 'Unterbeamter' anstatt 'unterer Beamter' angewendet. Die Ober-Postdirektionen wollen daher sämtliche nachgeordnete Dienststellen dahin anweisen und selbst daran achten, daß im amtlichen Verkehr, soweit eine Sonderbezeichnung überhaupt nötig ist, die Bezeichnung 'Unterbeamter' benützt werden darf. 'unterer Beamter' gebraucht wird. — Demnach endlich Rechnung getragen worden. Hieran sollten sich aber auch andere noch im unklaren befindliche Behörden ein Beispiel nehmen.

Das Leder wird noch nicht freigegeben. Halbamtlich wird mitgeteilt: Von verschiedenen interessierten Seiten ist in letzter Zeit in Verhandlungen und auch in der Presse die Freigabe der Lederwirtschaft gefordert worden. Diese Forderung kann in absehbarer Zeit nicht erfüllt werden, mindestens nicht in der Weise, wie die vorhandenen Lederbestände nicht ausreichen, um auch ohne eine geregelte Verteilung die Versorgung des Bedarfs aller Lederverbrauchernden freile zu gewährleisten. Das Reichswirtschaftsamt erklärt deshalb, daß es eine sofortige Freigabe der vorhandenen Lederbestände keine Zustimmung nicht erteilen werde. Das Amt hofft indessen durch eine Vernetzung der Zusammenarbeit der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Lederwirtschaft interessierten Bereiche diejenige Form der Wirtschaftung zu finden, die auf einer Seite den berechtigten Wünschen so weit als möglich zu entsprechen und auf der anderen Seite dem Ziele einer geregelten und hygienischen Versorgung Rechnung trägt.

Diebstehlen in Wohnräumen werden schon seit längerer Zeit in einem Maße der Schmalstraße bemerkt, ohne daß es bis jetzt gelungen ist, den Täter habhaft zu machen. Von ihm sind wiederholt Brautkleider, Schmuckstücke und in den letzten Tagen auch ein Behälter, ein in verschlossenen Stücken, gestohlen worden. Anfallend ist es, daß der Dieb stets genau weiß, daß die Leute, denen er einen Diebstahl auszuüben will, nicht abwärts sind und daß die Türen wieder regelmäßig verschlossen vorgefunden werden. Offensichtlich gelangt es bald, dem unbekannten Sammler das dunkle Lederwerk zu liefern.

Am Marktsteller findet am Donnerstag abends ein Künstlermarkt statt, wozu eine besonders gute Kapelle verpflichtet ist. Anfang 1/8 Uhr.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 27. Jan. 1918.

In der heutigen Sitzung waren vom Magistrat anwesend: Erster Bürgermeister Herzog, Bürgermeister Wiegand, die Stadträte Voth, Dietrich, Schmidt und Stadtbaurat Böllinger, vom Kollegium waren anwesend 23 Stadtväter.

Stadtvater Voth eröffnete die Verhandlungen mit einigen Mitteilungen, worauf Erster Bürgermeister Herzog über

Verhandlungen mit der Straßenbahn-Gesellschaft

den Bericht erstattete. Zwei Stunden dauerte hier statt im Beisein des Verwaltungsausschusses und von Vertretern der einzelnen Gemeinden. Sie betrafen vor allem die Befreiung der Wirtschaft, die sich in letzter Zeit besonders stark fühlbar gemacht haben und deren Vorhandensein nicht bestritten wurde. Unbedingte sofortige Befreiung der hauptstädtischen Wirtschaft forderte der Regierungspräsident, der auch energig Einspruch dagegen erhob, daß die Gesellschaft mit allgemeinen Nebenbeträgen die Aufnahmehinweise in die Länge ziehen wollte. Dieses Laborieren sei nun zu Ende. Es müsse endlich volle Klarheit geschaffen werden, was will die Gesellschaft tun, und was nicht. Unter den ersten Maßnahmen ist die Einführung des 15minütigen Verkehrs, Ausbau der Strecke Wertheim-Ammendorf zu einem zweigleisigen Betrieb und weitere Vermehrung der Betriebsmittel. Hierbei wurde ausgeführt, daß die Gesellschaft in Friedeburg 15 Wagen zur Verfügung standen, jetzt sind nur noch 9 Wagen in Betrieb. Von der Gesellschaft wurde gefordert, die Anzahlangabe der nicht betriebsfähigen Wagen mit allen Mitteln zu fördern und den

sofortigen Ausbau der zweigleisigen Strecke Wertheim-Ammendorf in Angriff zu nehmen. Der Regierungspräsident verteilte in energischer Weise diese Forderungen und legte eine Frist von 14 Tagen fest, um der Gesellschaft, nochmals Gelegenheit zu geben, Stellung zu den Wünschen und deren sofortiger Befreiung zu nehmen. Der Antrag dann keine klare Antwort, so ließ der Regierungspräsident seinen Ausspruch, daß er dann von seiner Machtmitteln als Vertreter der Wirtschaftliche und Demobilisationskommission Gebrauch machen werde, die notwendig sind, um endlich die Überwindung in einer ordnungsmäßigen Zustand zu bringen und die Durchführung eines geregelten Betriebes sicherzustellen.

Deram wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt: Die Vorlagen:

Einleitung der Rechnung 1917 der von Stadtvater Wollersdorffschen Stiftung (Berichterstatter Stadtvater Kohl und der Rechnung 1918 der Sparkasse (Berichterstatter Stadtvater Giese)

Das Vermögen der von Stadtvater Wollersdorffschen Stiftung ist auf 867.102 Mk. angewachsen.

- Die Ausgabebewilligungen für den Dienstkolonial: a) der Kindererziehungsinstitute (Berichterstatter Stadtvater Bodt), b) des Altersheims (Berichterstatter Stadtvater Köppler), c) des Andreasheims (Berichterstatter Stadtvater Köppler)

wurden angenommen. Die Nachbewilligungen sind notwendig geworden infolge der allgemeinen Legerung, da die bisheriger bewilligten Mittel angegriffen sind.

Mit der Befreiung einer Anrechnungsbefreiung in Höhe von 1000 Mk. für Benutzung der städtischen Plätze am Wilmshof, durch die Firma Gehr, Dietrich hier, wurde sich der Antrag anmerksamen Berichterstatter Stadtvater Schröder.

Änderung der Anstellungsbedingungen und des Gehalts der städtischen Beamten. Berichterstatter Stadtvater Gieseler. Über die beantragten Änderungen haben wir bereits berichtet. Die Höhe der durch den neuen Besoldungsplan bedingten Mehrzahl von 78.000 bis 80.000 Mk. in dieser Summe ist ein Betrag von 25.000 Mk. für die Gehälter von Erziehungsinstituten in die städtischen Lehrer enthalten. Der Berichterstatter gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch die Neuordnung der Gehälter die Arbeitsfreudigkeit der städtischen Beamten neu gestärkt werde, deren große Arbeitslast und unermesslichen Fleißes in kürzester Zeit er anerkennt hervorzuheben. Er sprach sich für die Annahme der Vorlage aus.

In der Ansprache trat Stadtvater Krüger für eine Einbeziehung der Beamten des Gefreiteinsatzes in die neue Besoldungsordnung ein. Erster Bürgermeister Herzog stellte fest, daß die Beamten dieses Wertes an Grund eines Gemeindefestbeschlusses durch Dienstvertrag angestellt sind. Der Vorschlag sei nur ein Ausnahmefall. Die Stadtvater Schröder, Krüger und Köppler betonten, an den bisherigen Grundbesoldungen festhalten, da man nicht wisse, wie sich das Gefreiteinsatz entwideln werde, andere Kräfte hierfür notwendig sind. Stadtvater Krüger hoffte unterließ den Antrag des Stadtvater Krüger, da man Gaswert und Gefreiteinsatz gleich behandeln müsse. Wenn wir städtige Beamte herbeikommt wollen, müssen sie auch fest angetreten werden, allerdings nicht sofort, sondern erst dann, wenn sie sich bewährt haben. Gegen den Antrag des Stadtvater Krüger sprachen noch Stadtvater Schröder, Erster Bürgermeister Herzog und Stadtvater Gieseler, die darauf hinwiesen, daß zwischen Gaswert und Gefreiteinsatzwert ein großer Unterschied bestehe. Die Veranlassung, einige Mitglieder des Gemeindefestbeschlusses durch eine besondere Gehaltsänderung zu zwingen, worauf einstimmige Annahme der Vorlage erfolgte.

Den Antrag auf Änderung des Verpflegungssatzes für die im Krankenhaus verpflegten Soldaten von 3,00 auf 4,00 Mk. stimmte die Versammlung an. Berichterstatter Stadtvater Gieseler.

8. Kapitel.

Sie war über die Schwelle des eberhellen Hauses geschritten wie eine Braut, die sich dem Brautgänger zuwendet, bis sie vor dem Tüchlein stand, das ihr kleines Reich umschloß. Sie floh hindurch und ließ sie geigt durch die robuste Braut des Gartens. Am war sie im Haus und rief nach oben in ihr Zimmer. Nur niemand sehen — keinen sprechen. Erst mußte sie mit sich fertig werden. Mit einem dumpfen Wohlstand wog sie sich auf das Kissen und lachte vor sich hin. Sie hörte wieder die erbebenmöglichen Worte des Jungherrn, vor denen sie geflohen war in der Angst, die Tür des Herrenzimmers würde sich öffnen, und es würden der Ankläger noch mehr werden. Die Mutter! — Wie hätte sie ihr so unter die Augen treten können. Sie atmete laut.

Es klopfte an die Tür. Ihr Mann hat ein Einfluß. Sie antwortete nicht. Er ging wieder. Sie grübelte weiter, bis das Lachen ihrer Gedanken zu ihr drang, die Stimme Wilhelm's dazwischen, der bei ihnen im Garten war. Eine stillesse Schwärze nach seiner Nähe — einem guten Wort von ihm konnte sie nicht leben. Sie trat aus dem Zimmer, dessen unterer Teil in die Höhe geschoben war, dem frühen Herbstwind den Eintritt nicht wehrend.

Wie sich branten die Kronen der Bäume aneinander bringen und sich rot zu totem Gold und Braun zu lüchtem Gold stellte. Dazu der tiefblaue Himmel, zu dem der Widerschein der Erde so munter erhob, als würde das Frühjahr vor der Tür. Sie langten dem nächtlichen Heim, das sie und ihre junge Frau so tren behütet hatte, ihren schmerzenden Dank.

Und sie — hatte sie ihrem Vater seine Liebe je gekannt? Nein, ihr Herz hatte sie verlohren, als der erste Konflikt begann. Sie hatte sich hart gemacht und nicht mehr geglaubt, als es noch an der Zeit war.

Wie viele Stunden waren es denn her, da sie sich zum letztenmal gegenüber gestanden hatten, der Lote und der Sie hätte es an den Fingern ab, kann sechs Stunden. Der Jubel der Gedanken erlöste nun neuen, sie sah sie über den Rhein laufen und die tangenden Blätter wehen. Jetzt kam Wilhelm aus des Haus an. Er hütelte, und sie bewegte sich vor, ihn stützte beim Namen rufend. Wie eine einzige große Welle überflutete sie die Liebe zu dem Mann, dem ihr ganzes Leben geweiht war.

'Ich komme, Petre,' rief er ihr zu. Seine dunklen Augen leuchteten auf bei ihrem Anblick. Wie sie die Hände bioklopfte, betrug Augen.

Da hätte sie trotz allen Tommers die Reiten des Ad fallen, die sie in den letzten Tagen wund gedrückt hatten. Tief atmete sie auf. Des stillesse Testament vor dem Knopf, sie hielt nun die Mittel in ihren Händen, den Knopf mit dem Erbschaftsausgleich — ihr Mann würde genesen.

Sie floh ihm entgegen und hing an seiner Brust, wie in der Augen einen jungen Blick, das auch unter schmerzlichen Worten gelassen hatte wie ein flüchtiger Garten bei wrohobem Genüß. Dann begann sie zu erzählen.

'Du wirst sagen, als Vater stark?' rief Wilhelm bestürzt.

Sie beschrieb nicht, sie berichtete von der Vergangenheit, von dem Horn, der über sie gekommen war. Doch das dem Schicksal, den sie dem Vater angetan hatte, erzählte sie nicht.

Wieder überließ sie erlösend die Schwere ihrer Schuld und sie lachte auf. 'Er ist ein mir geflohen, Wilhelm.' 'Härrlich trich er ihr über die Stirn. 'Er war als harter Mann.' Das war alles was Thoma zur Entschuldigung über die Lippen brachte.

Mitteilung folgt!

Wähler hängen!

Während die Frauen bei den Wahlen zur Nationalversammlung durch ihre ungetrübte Beilegung bewiesen haben, daß sie sich der Verantwortung ihres neuen Reiches bewußt sind, wird von reaktionärer Seite, von einigen Frauen in Charlottenburg, der Versuch gemacht, Frauen zu einer Standpauke gegen das Frauenwahlrecht zu veranlassen. Es soll wieder eine Massenpetition an die Nationalversammlung die Bitte gerichtet werden, das Frauenwahlrecht wieder zu beseitigen oder zum wenigsten durch eine Abstimmung unter sämtlichen Frauen Deutschlands eine Entscheidung darüber herbeizuführen.

Man sollte glauben, die Wahlbeteiligung der Frauen beruhe auf der Entscheidung, die Wahl zu lassen, die dann gefällt würde.

Wenn im Übrigen, wer soll sich eigentlich in der Nationalversammlung gegen das Frauenwahlrecht aussprechen, nachdem alle die Deutschnationale Volkspartei die Frauen „als gleichberechtigte Mitarbeiter an der Wiederaufbau des Volkes herzlich willkommen heißt“? Sollen vielleicht die Frauen, die an der Nationalversammlung teilnehmen werden, und die im Wahlkampf tausendmal die Worte „Recht des Frauenwahlrechts“ in der Politik benutzt haben, jetzt gegen diesen Einfluß sprechen? Oder sollen die Volksparteier, die doch damit rechnen müssen, daß bei der nächsten Wahl wieder der Meinung der Männer und Frauen zu stellen, es riskieren, sich jetzt gegen das Frauenwahlrecht im Gegensatz zu den Wahlen ihrer Partei auszusprechen?

Bei der Aufkündigung der Nationalversammlung braucht niemand zu befürchten, daß bewertete reaktionäre Bemühungen an Erfolg rechnen können. Wenn doch in dieser ersten Zeit, in der die Kraft jedes Wählers für politische Arbeit gebraucht wird, Zeit und Geld auf solche Organisationsversuche verwendet wird, ist im höchsten Grade zu bedauern.

Es verlohnt nicht, sich mit der Begründung dieser Eingabe, die unter Frauen und Männern zugeht verbreitet wird, auseinanderzusetzen; denn die Geschichte wird beweisen, ob diese Eingabe berechtigt waren, oder ob — im Gegensatz zu den Aufkündigungen reaktionärer Kreise — die Parteien der Frauen in der Politik eine Kraft und eine Berechtigung des öffentlichen Lebens werden wird.

Die Demokratie des Herrn Ebert.

Der Volksbeauftragte Ebert hat sich einen Vertreter der „christlichen Bewegung“ gegenüber über das Ergebnis der Nationalversammlungsgewahlen ausgesprochen. Er hat dabei etwas sehr aufgetragen, sowohl die Christen als die Frauen, aber das nehmen wir ihm weiter nicht übel. Daß die Christenbewegung allein nicht imstande ist, die Regierung zu bilden, steht er, er bezeugt, daß die Deutsche demokratische Partei dazu nötig sein wird. „Aber“, so sagte er, „die Partei, die in der Regierung die Spitze mit uns stellen soll, muß sich bewußt sein, daß ein Aufkommenarbeiten nur möglich ist, wenn es nicht nur in demokratischen, sondern auch in sozialistischen Sinne erfolgt.“ Dieser Auffassung muß doch von demokratischen Standpunkten aus entschieden widersprochen werden. Gerecht kann es doch die Nationalversammlung kein Mittel zur Rück-

wärtsbewegung der politischen Erwerbschaften der Revolution sein, daß sie selbstverständlich, für eine derartige Rückwärtsbewegung ist auch keine Mehrheit vorhanden. Anders aber sieht es um die, wie Herr Ebert sich ausdrückt, „Arbeit im sozialistischen Sinne“. Bezieht Herr Ebert daraufhin, daß die Partei, die mit der Sozialdemokratie gemeinsam die Regierung bilden wird, sozialistische Experimente im Sinne des sozialdemokratischen Parteiprogramms machen muß, so hat Herr Ebert das Wort der Nationalversammlungsgewahlen wohl nicht ganz richtig verstanden. Nebenher empfiehlt er ihm, bevor er wieder zu programmatischen Ausführungen des Wort nimmt, die ganz klaren Riffen des Wahlergebnisses genau zu studieren.

*

Zahlmangel der Rennwerte gerät Kohlenmangel.

Die beiden für die Versorgung der Landwirtschaft mit Stickstoff und damit für die Volksernährung ganz besonders wichtigen Werte, das Leunawerke bei Merseburg und die Reichswerke in Bitterfeld, die Deutschland etwa zur Hälfte mit Stickstoff versorgen, werden infolge des Kohlenmangels in ihrer Leistungsfähigkeit auf schwerste beeinträchtigt. Der letzte Streik im Braunkohlenrevier brachte sie zum Erliegen und die unzureichende Anfuhr aus dem Auslande bietet für die Aufrechterhaltung des Betriebes eine feste Gefahr. Tropdem diese Werte gerade wegen ihrer hohen Bedeutung für die Volksernährung bei der Kohlenversorgung auf das allergrößte beizugehalten werden, ist es bei dem jetzigen Mangel an reibendem Material, hauptsächlich an Lokomotiven und den notwendigen Arbeitsverhältnissen in den Kohlenrevieren nicht möglich, ihnen die 140 Wagen täglich heranzufahren, die sie zur Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit brauchen. Die schwer dadurch unsere Landwirtschaft und Brotversorgung betroffen wird, liegt auf der Hand. (S. 3.)

§ Sorburg, 28. Jan. Das Eiserne Kreuz 2. Klasse wurde verliehen dem Capitän Otto Donner, dem Unteroffizier D. Rothnagel und dem Kanonier E. Rothnagel von hier sowie dem Kanonier Einar Proff in Wablan.

§ Scherwitz, 28. Jan. Auf dem Rittergut Mischwitz ist in der Nacht zum Freitag ein großer Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Das Schloß eines der Schweineställe wurde eingeschlagen und vier der wohlgenährten Porzellaner sofort abgeschlachtet. Die Diebe mischten sich sehr sicher gefühl und große Sachkenntnis besitzen, denn die Tiere sind regelrecht abgeschlachtet und das Blut aufgefressen worden. Die Tiere wegen durchschnittlich 2½ Ferkeln. Die Täter haben ihre Arbeit in der Zeit von 12 bis 4 Uhr ausgeführt, im Betrage kommen 4 Mann. Das erbeutete Diebsgut ist auf einem Wagen forttransportiert worden.

Wetterwarte.

1. W. am 29. Jan.: ziemlich mild, doch meist bewölkt. Wetter, frühzeitig etwas Niederschlag. — 30. Jan.: zunächst ziemlich heiter, trocken, nahe Null, später Trübung, milde, etwas Niederschlag.

Vermischtes.

* Eine folgenschwere Benzin-Explosion. Telegraphisch wird gemeldet: In der Göttinger Schuhfabrik in Alsen (Prov. Rheinpreußen) entstand auf unangefangene Weise eine Benzin-Explosion. Vier Männer wurden getötet. Die Verletzten sind im benennenden Gebäude ungetohten.

Neueste Nachrichten.

Das Wahlergebnis im 13. Wahlkreis (Merseburg-Grur).

konnte, soweit der Regierungsbezirk Merseburg in Betracht kommt, bis Dienstag mittag 1 Uhr das vorläufige Resultat festgestellt werden. Es entfielen auf die einzelnen Parteien folgende Stimmen:

Unabh. Soz.	268 823	(19. Jan.: 294 347)
Mehrheitslos.	88 240	(" 109 058)
Demokr. Partei	157 438	(" 161 272)
Christl. Volkspartei	6 595	(" 1 438)
Deutschn. Volkspartei	79 101	(" 76 797)
Deutsche Volkspartei	11 660	(" 17 831)

Das Ergebnis aus dem Regierungsbezirk Erfurt stand noch nicht fest, da das Resultat aus zwei Kreisen (Schleisingen und Worbis) noch nicht eingegangen war. Die Demokratische Partei dürfte bestimmt auf 6 Mandate unter 19 zu rechnen haben. Auf die Deutschnationale Volkspartei entfielen voraussichtlich 2, auf die christliche Volkspartei 1, die Mehrheitspartei 2 und die Unabhängigen 8 Mandate. Die Deutsche Volkspartei geht wieder leer aus.

Die Welen an der brandenburgischen Grenze.

Zälligau, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Die Welen rufen hitemalig gegen die brandenburgische Grenze vor. Es ist anzunehmen, daß sie in den nächsten Tagen verstanden werden, die Bahn Benthien-Schmieds zu führen. Bismarck und Warthaft sind noch weiter von ihnen befehligt, ebenso Berlin unmittelbar vor unserer Thüre.

Borussia wieder eine Republik.

Ziffaban, 28. Jan. (Sabas.) Die flüchtigen Aufständischen wurden verhaftet und gefangen gesetzt. Die revolutionäre Bewegung ist zu Ende. Im Norden des Landes wurden gegen Doro in Bronana und Bizeu Truppen zusammengezogen. Die Republik wurde wieder aufgehoben.

Aus England vor einer Revolution?

Amsterdam, 28. Jan. Dem „Allgemein Handelsblatt“ zufolge berichtet die „Times“, daß am 28. Januar in London eine holländische Versammlung abgehalten wurde, in der die Drangierung eines Generalstreikes als erster Schritt zur Revolution besprochen wurde.

Friedrich Schultze, Bankhaus Eröffnung laufender Bankkonten zur Unterstützung des bargeldlos. Zahlungsverkehrs Ausführung aller ins Bankfach schlagenden Geschäfte.

Reisbank-Giro-Konto. Merseburg geg. 1862. Postcheck-Konto Leipzig 4727.

Scheck-Formulare stehen an meiner Kasse zur Verfügung.

Dom. Getraut der Unterzeichneten Wilhelms Böhdm mit Frau Hedwig geb. Mehnert. **Beerdigt:** der Invalide Wilhelm Aee. Venentien; der Korbmachermstr. Aug. Spott Stadt. Gefauft. Ida Ann. I. des Maurers Terne; Charlotte Marcarie, melische I. — Geiraunt der Fräulein K. G. Gruner mit Frau B. A. geb. Jitner; der Mechaniker G. A. Böhm m. Frau E. A. geb. Ademann. — Beerdigt: der Schuhmachermstr. Gödel; eine unehel. I.; d. Schiefer deder Tischstall; die I. des Arb. Jahn; der Brauermann Siegel; die Ehefrau des Bäckermeisters Schmiedr.

Berichtigung: In den vorwichtigen Kirchennachrichten muß es heißen statt W. E. Bauer Otto Wilhelm Edmund Baar.

Merseburg. Getraut: der Schloßer C. H. Schönemann mit Frau M. L. geb. Rüdman. — Beerdigt: die Witwe Auguste Wittler geb. Walther.

Heute Montag abend 7¼ Uhr ent schlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden unsere innigstgeliebte Tochter und Schwöher

Martha Bude kurz vor ihrem 11. Lebensj. Dies zeigen tiefbetäubt an **Hermann Bude nebst Kindern** Merseburg, 27. Jan. 1919. Beerdigung wird noch bekannt gegeben, etwaige Standspenden bitte nach Breitelstraße 12 abzugeben.

Statt Karten! Für die uns anlässlich unserer Vermählung erwiesene Aufmerksamkeit sagen hiermit herzlichen Dank **Willy B'ödorn und Frau Hedwig geb. Mehnert.** Merseburg, den 28. Jan. 1919.

Für die mir anlässlich meines 50jährigen Dienstjubiläums zugegangenen zahl Eichen Glückwünsche und Geschenke sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank! Merseburg, den 27. Januar 1919. **Wilhelm Groß, Kanzlei-Inspekt'or.**

Nachruf! Am 24. d. M. ent schlief nach längerem Leiden unter werter Kollege **Richard Böhm.** Durch seinen biederen Charakter war er uns stets ein Vorbild und werden wir seiner nie vergessen! Merseburg, den 28. Januar 1919. **Die Mitglieder des Musikkorps A Böhm.**

Dienstag nacht 2¼ Uhr verchied nach kurzem Krankenlager uns-re liebe, teure, gute Mutter, Urgoss-, Gross- und Schwiegermutter-, Schwägerin und Tante, die verwitwete Schuhmachermstrerin **Marie Schmieder geb. Kämpf** im 73. Lebensjahre.

Im Namen aller Hinterbliebenen: Karl Schmieder. Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Aiteoburger Friedhofes aus statt. Zuedachte Kranzspenden bitten wir Proasserstrasse 3 abzugeben.

Dank! Für die so überaus zahlreichen Beweise der Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen, insbesondere dem Merseburger Landwehr-Verein für das Ehrengelicit, sagen herzlichsten Dank **Ww. W. Spott nebst Kindern.** Merseburg, den 28. Januar 1919.

Landhaus oder kleines Haus zum Mietbewohnen in oder Nähe von Merseburg zu mieten oder zu kaufen gesucht. Off. u. Sandhaus an die Exped. d. Bl. erbeten.

Grauer Damast hat gegen goldene Durzinge zu tauschen gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Merseburger Correspondent.

Er erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 2,50 Mk.; durch den Posten frei ins Haus 2,70 Mk.; durch die Post 2,70 Mk. auswärts Bestellgeld; durch unsere Vertreter an dem Bande 3.— Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

— Geschäftsstelle: Clarke 3. —

— Fernsprecher Nr. 324. —

Anzeigenpreis: Für die einseitige Textzeile oder deren Raum 30 Pfg. im Blattmarkt 75 Pfg. Schriftzeilen und Nachvermerken 20 Pfg. mehr. Platzverzicht ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen - Annahme 9 Uhr vormittags.

Nr. 24

Dienstag den 29. Januar 1919

1919

Der Wille zum Einheitsstaat.

Dankbar, aber sicher fügt sich Stein auf Stein zu dem großen Bau des neuen republikanischen Deutschland. Die Unten haben doch wieder einmal Murren gezeigt. Die Konferenz im Bundesratssaal des Reichstags des Innern, die vom frühen Morgen bis zum Abend des Sonnabends tagte, hat den entscheidenden Beweis gebracht, daß der Wille zum Reich, von einigen kleinen Schreibern abgesehen, heute noch das ganze Deutschland erfüllt, ja daß er in manchem noch stärker geworden ist als früher. Auch von den Vertretern der Bundesstaaten wurde als des Ideal deutscher Zukunft der Einheitsstaat betont, als die Bemühung jeder Sonderpartei fleißigen wie größten Sichts. Freilich verheißt sich auch keiner der Wandenden, daß, so wie Rom nicht an einem Tage erbaut wurde, auch hier der Weg zur Vollendung ein langer und vielleicht nicht ganz einseitiger ist. Aber der Wille ist da, ist überaus überbelebter stärker vorhanden als die bunte Eifersüchtelei angenommen hat.

Dem Volksbeauftragten Dandberg muß zugestimmt werden, wenn er daran erinnert, daß es ja auch in Italien Kämpfe zwischen Nord und Süd gab, die vielleicht noch größer seien als im Deutschen Reich, daß sie aber doch auch dort durch die Arbeitseingemeinschaft von Nord und Süd sich gefunden haben. Bewußtes in Arbeitseingemeinschaft habe nach der Revolution, wie Dandberg betont, die Meinung beherrscht, daß der Weg zum Einheitsstaat nur einseitig offen sei. „Doch ist in Deutschland nicht alle, denn es enthält im Deutschen Reich, um die Größe der Heimat aller deutschen Stämme zu tun ist, freilich, ein Mißton für die Agenden der Besonderen die schöne Melodie. Der Ministerpräsident Günzen, der aus seiner Berliner Heimat sich zum Abgeordneten ernannt hat, verweist in diesem Ansturm die Debatte über den grundsätzlichen Verhandlungsgegenstand, den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Freuß, dadurch zu Falle zu bringen, daß er ein Mißgeschick durchdrücken wolle, das den Entwurf Freuß überflüssig machen sollte. Seine ihm vom Volksbeauftragten Obertrug beizubringen umgehende Niederlage war nicht ohne Grund, denn Günzen, der im Namen der süddeutschen Regierungen und auch Sachsen zu sprechen erklärte, wurde prompt von sachlicher und mitbewußter Seite desorientiert.

Consequenz das heute möglich ist, wurde dem Willen zum Einheitsstaat der Weg geöffnet durch die vom Volksbeauftragten Obertrug beantragte Resolution, die einstimmig angenommen wurde und auch deshalb von ganz besonderer Bedeutung ist, weil sie die drohenden staatsrechtlichen Kämpfe zwischen den Nationalparlamenten des Reiches und

Neueste Nachrichten.

Das bisherige Wahlergebnis am 14. von insgesamt 23 Wahlkreisen.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Bis nachts 12 Uhr lagen von den insgesamt 23 Wahlkreisen 14 Endergebnisse vor. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, hat die Deutsche demokratische Partei wieder einen sehr großen Wahlerfolg erzielt, und man darf schon jetzt mit einiger Sicherheit annehmen, daß sie ziemlich in denselben Stärke wie in die Deutsche Nationalversammlung einzutreten wird. Folgendes geben wir eine Übersicht der bisherigen Wahlergebnisse: Demokraten 44, Mehrheitssozialisten 98, Unabhängige 21, Deutschnationale 21, Deutsche Volkspartei 11, Zentrum 49, Schleswig-Holsteiner Bauerndemokratie 1, macht zusammen 245.

Wahlergebnis im Bezirk Magdeburg.

Magdeburg, 28. Jan. Nach den vorläufigen Feststellungen im Wahlkreis Magdeburg dürften hier 4 Deutsche Demokraten, 1 Deutschnationaler und 7 Mehrheitssozialisten als gewählt zu betrachten sein. Die unabhängigen Sozialdemokraten (Hilke Albrecht-Halle) fielen aus.

Vor dem Zusammentritt der Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 1. Februar werden bereits am 4. Februar an vorbereitende Fraktionskammern vorangetrieben. Die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion versammelt sich bereits am Dienstag zur konstituierenden Sitzung.

Aus einer Entschließung des Präsidiums Graf. Berlin erklärt man, was der „Vorwärts“ herüberbringt, von der Erklärung Obertrug, daß die Reichsregierung an Berlin als Reichshandhabung unbedingt festhält. Auf der gestrigen Finanzministerkonferenz in Weimar sollte, wie verschiedene Blätter berichten, ein Antrag über die Abgabe von Eisen und Stahl gestellt werden, die Einfuhrsteuer der Eisenwaren zu belassen.

Ein provisorischer Präsident.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) An der Spitze der provisorischen Reichsregierung, deren Einsetzung nach dem Beschluß des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen werden soll, soll, wie wir hören, ein vorläufiger Reichspräsident stehen.

Das Regiment Reinhard als Schutz für die Nationalversammlung.

Berlin, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Wie wir erfahren, ist dem Berliner freiwilligen Regiment Reinhard der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden in den nächsten Tagen nach Weimar verlegt und dort untergebracht. Die Truppe soll bei den bestmöglichen Verhältnissen als Polizeimacht angegliedert werden, sondern lediglich der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Die Spartakisten in Wilhelmshafen.

Berlin, 28. Jan. Wie das „V. L.“ aus Oldenburg berichtet, war es gestern bis 11 Uhr nachts unmöglich, eine Verbindung mit Wilhelmshafen zu erhalten. Man hofft aber, heute früh Funkverbindung mit Wilhelmshafen aufnehmen zu können. Die Besetzung von Wilhelmshafen durch die Kommunisten sei, wie das Blatt schreibt, als eine Art Wankart der Spartakisten aufzufassen, die sich auf dem legalen Wege der Wahl nicht in den Besitz der Macht zu setzen vermögten.

Zusammenstoß von Schülern und Soldaten.

Bremen, 28. Jan. (Priv.-Telegr.) Unter den Schülern der hiesigen höheren Lehranstalt herrschte gestern Zerstörung. Es gelang den Lehrern zwar trotz der Anwesenheit der Unterlehrer durchzuführen. Nach Schluß des Tages kamen aber mehrere hundert Schüler und Schülerinnen mit drei schwarz-weiß-roten Fahnen zum Markte, wo Anführer gehalten wurden. Die Sicherheitswache sah sich zum Einschreiten gezwungen. Verschiedene zerstreute die Fahnen mit der Reichsarbeite und zwischen Soldaten einerseits und Schülern andererseits entstand eine ziemlich heftige Prügelei. Es wurden etwa 20 Verhaftungen vorgenommen, von denen nur eine aufrechterhalten wurde. Die Schüler erklärten, daß es sich um eine Demonstrationen für den früheren Kaiser als Person, nicht als Monarchen handelte.

(Neueste Nachrichten siehe auch Beilage.)

daß die Zahl der Mandate in jedem Bezirk um die Hälfte vermehrt worden ist, so daß beispielsweise Berlin 11 Abgeordnete für die Nationalversammlung wählte, während es für Preußen 21 zu leisten hat. Das Ergebnis wird sich vielleicht etwas früher zusammenstellen lassen, als bei den Reichswahlen, einmal, weil sich der Apparat besser eingestellt hat, dann aber auch, weil nach allen bisher vorliegenden Nachrichten die Wahlbeteiligung wesentlich geringer gewesen ist, und zwar haben darunter die Mehrheitssozialisten am stärksten zu leiden gehabt. In Berlin in einzelnen Bezirken 1000 Stimmen und mehr. Vor der Hand aber sind das alles noch Zahlen, die aus denen sich nicht entnehmen läßt, ob diese Verteilung der Stimmenklassen auch Einfluß auf die Verteilung der Mandate ausüben wird.

Wiederankommen des Anstaltens im Ruhrgebiet.

Der Anstalt der Bergarbeiter im Ruhrgebiet scheint wieder ankunftslos. Auf der Seite „Berliner Nachrichten“ trat die Belegschaft wegen geringfügiger Differenzen in den Anstalt. Auf der Seite „Leuburg“ des Bochumer Vereins legten 1200 Arbeiter von der Belegschaft die Arbeit nieder als Kundgebung gegen die Lösung der Belegschaft und der Frau Angewandte auf der Seite „die Belegschaft“ ist die Belegschaft ebenfalls nicht eingetreten.

Gegen die Arbeitslosigkeit.

Die offiziellen „V. L.“ schreiben: „Die unvollständigen wirtschaftlichen Zustände haben im Ruhrgebiet den Entschluß reifen lassen, radikal durchzugreifen und Maßnahmen im Werk zu ergreifen, die der mehr oder weniger bestehenden unvollständigen Bevölkerung einen gewissen Gehalt zu tun geeignet sind. Ohne weiteres ist klar, daß der Gehalt, an dem hier anzuwenden ist, der Arbeitslosen, besonders das brennende Problem der Arbeitslosigkeit, sein muß. Bedenkt man, daß allein in der Gegend von Trüffel die Zahl der fehlenden Arbeitskräfte auf annähernd 600 000 Personen geschätzt werden kann und schon jetzt die Arbeitslosigkeit unter solchen Verhältnissen als ernstlich gefährdet gelten muß, erwägt man weiter, daß die Lebensmittelpflicht der deutschen Bevölkerung die Gewinne aus der Industrie der höchsten Industrie von Kohlen, Stahl und Zinnindustrie zu einem Teil, so kann kein Zweifel sein, daß sich gegen die bestehende Arbeitslosigkeit in Folge von selbst Maßnahmen ergreifen aufdrängen, vor denen die eben veröffentlichte Verordnung vom 15. Januar 1919, nach welcher den Kommunisten des Ruhrgebietes in allen Fällen wo Arbeitsvermittlung übergeben überantwortet wird, die Gewerkschaften zur Verfügung zu stellen, vielleicht nur den ersten Schritt bedeutet. Sollte dieser Schritt nicht hinreichen, so wird man vorerwähnt vor überhöhter Maßnahmen nicht zurücktreten. Schon jetzt kann gesagt werden, daß die Gewerkschaften in diesem Sinne im Gange sind.“

450 000 Tonnen Förderausfall im Ruhrgebiet.

Nach einer Aufstellung aus der Zeit vom 2. Dezember 1918 bis zum 2. Januar 1919 wurde aus insgesamt 111 Schachtanlagen des Ruhrgebietes getreift, und zwar in 600 000 Schichten. Das bedeutet einen Förderausfall von 450 000 Tonnen. Sämtliche Arbeiter der Probierabteilung der Gesellschaft „Rhein“ in Bochum sind in den Anstalt getreten, so daß der Betrieb ruht.

Ein Kartell gegen Abel.

Wie die „V. L.“ aus zuverlässiger Quelle hört, befindet sich Abel, der Leiter der bolschewistischen Propaganda, noch immer in Berlin. Ebenso wie gegen Eichhorn ist auch gegen ihn ein Kartellbündel erlassen worden. „Daily Mail“ meldet aus Petersburg indirekt: Im Sovietrat wurde der Volksminister für Petersburg bekannt, daß zwischen der Soviet-Regierung und den Spartakus-Anhängern in Deutschland ein förmliches Disziplinabündnis abgeschlossen wurde. Außer Abel werden noch immer einige Dutzend Sovietvertreter auf deutschem Boden, wo der Kampf mit der Sowjet hat in sein zweites Stadium treten werde.

Forderungen der holländischen Eisenbahner.

Eine von 2550 Beamten aus ganz Veden besuchte Eisenbahnerversammlung in Maastricht verlangte in einer Entschlußnahme der Regierung eine Erhöhung der Lohnsätze um 500 Mark und stellte der Regierung eine Frist bis zum 31. Januar. Am Tage der Ablehnung sollte die Forderung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt werden. Eine zweite Entschlußnahme sprach sich für die Schaffung von Reichseisenbahnen aus.

Notte über die Kommandogewalt.

Der Soldatenrat der Großherzoglichen Truppe teilte vor am Montagmorgen auf einer Vollversammlung im preussischen Abgeordnetensaal zusammenzutreten, um sich über die Verantwortung wegen der Neuordnung der Kommandogewalt und die Aufgaben der Soldatenräte auszusprechen. Die neue Verordnung wurde von verschiedenen Seiten scharf angegriffen und schließlich von dem Volksbeauftragten Kossel kaum verurteilt. Er führte aus: Die Verordnung ist allerdings etwas lang geraten und nach keiner Seite hin voll befriedigend. Sie stellt doch

colorchecker CLASSIC
xrite

Die Nationalversammlung wird am 1. Februar in Weimar einberufen. Die Nationalversammlung wird am 1. Februar in Weimar einberufen. Die Nationalversammlung wird am 1. Februar in Weimar einberufen.